



Anträge beim Landesdelegiertentag diskutiert

Die GdP vertritt sehr viele Interessen und fast jeder findet sich dort wieder



Auf unserem Landesdelegiertentag haben wir uns mit guten Anträgen befasst, die unsere Arbeit in den nächsten vier Jahren maßgeblich gestalten sollen. Neben Satzungsänderungen, die sich zum Teil aus Strukturanpassungsfragen erforderlich machten, gab es Anträge, die sich bspw. in der Dienstrechtsreform für die Rückkehr zu einem einheitlichen Beamtenrecht in der Bundesrepublik Deutschland aussprechen oder zur Erhöhung der Attraktivität des Schichtdienstes aufrufen. Wir fordern die Einführung einer Polizeiverwaltungslaufbahn, die vor allem unsere Verwaltungsbeamten besserstellt und auch „Wiedereinführung der Altersteilzeit“ hieß eine Überschrift zu einem Delegiertenantrag. Erwartungsgemäß taucht da der Begriff vom „Personalentwicklungskonzept“ wieder in den Forderungen auf.

Mit dem Ruf nach Stärkung der Einstellungszahlen in die Polizei fordern wir die Bremse im Stellenabbau. Wir wissen genau, dass unsere Strukturen nicht geeignet sind, um noch weitere 900 Stellen abbauen zu können, aber unsere Landesregierung übt sich durch Schweigen fortgesetzt in Unehrllichkeit. Man sagt uns nicht, wo genau gestrichen wird. Das geht so aber nicht! Wir brauchen klare Aussagen, denn die Gewerkschaft der Polizei will es

nicht dem Zufall überlassen, ob unsere Bürgerinnen und Bürger in dem ein oder anderen Landstrich überhaupt noch Hilfe von uns erwarten können. Es hilft uns nicht, wenn man uns etwas über die Einigkeit von Regierung und Opposition im Abbaupfad erzählt. Es bedarf einer ehrlichen Aussage zum Wo und Wie, denn nur damit rütteln wir auch Politiker wach, die Polizeidienststellen in ihren eigenen Wahlkreisen infrage stellen, ohne es zu bemerken.

Ob wir noch viel Unterstützung von den kommunalen Verantwortlichen zu erwarten haben, erlaube ich mir jedoch mehr und mehr infrage zu stellen, denn viele Bürgermeister haben leider schon längst erkannt, dass ihnen ein oder zwei gut funktionierende Kontaktbereichsbeamte mehr bringen, als eine ganze Polizeistation, auf die sie keinen Zugriff haben.

Mehr als wir heute sind, werden wir, realistisch gesehen, sicher auch mit allen gewerkschaftlichen Forderungen nie wieder werden und ohne ein „Konjunkturpaket“ wie eine „Baader-Meinhof-Bande“ wird man auch vom Stellenabbau nicht abgehen. Was sich dahingehend einzig geändert hat, ist das gereifte Bewusstsein unserer Kolleginnen und Kollegen. Vor wenigen Jahren machten sie noch den Dienststellenleiter dafür verantwortlich, wenn die Schicht mal zu schwach besetzt war. Heute weiß man hingegen, dass der auch keine zehn Männer mehr in seinem Schrank sitzen hat, die er nur nicht herausgibt.

Mit einem Antrag fordert die GdP eine deutliche Verbesserung des Datenschutzes in der Polizei. Das ist jenes Thema, was uns in der Grundauffassung in keiner Weise mit der Hausmeinung unseres Ministers verbindet. Er vertritt immer noch die deutlich kommunizierte Auffassung: „Meine Rechner, meine Daten, meine Polizisten! – Ich darf alles wissen, was über diese Computer kommuniziert wird!“ Dazu sagen wir aber klar nein! Das dürfen Sie nicht – Herr Minister! Wir rufen von einem vorsichtigeren Datenfreiheits-

verständnis auf und begegnen Programmen wie „Device watch“ – „Dem Programm, das weiß, was du machst!“ sehr skeptisch. Vor allem wenn sie ohne Beteiligung von Personalräten einfach gekauft, installiert und angewendet werden.

In einem weiteren Antrag wurde die Verlängerung der Kooperation mit der DPoIG eingefordert, die uns im vergangenen Jahr mehr Stärke gebracht und die Arbeit erleichtert hat. Es ging aber auch um die bessere Förderung des Ehrenamtes und die damit einhergehende Sonderurlaubsgenehmigung für gewerkschaftliche Arbeit. Das sieht derzeit überhaupt noch nicht danach aus, als würde sich der Dienstherr unterstützend einbringen. Vielmehr pflegt man uns gegenüber eine Kultur der Ablehnung dieser Arbeit, die nicht einmal in der dienstlichen Beurteilung Erwähnung findet. Oft erkennt man seine gewerkschaftliche oder personalrätliche Arbeit nur indirekt in den schlechten Beurteilungswerten, die man sich nicht anders erklären kann.

Mit einem Antrag schränken wir uns aber auch bewusst in unseren eigenen Rechtsschutzleistungen ein. Wir wollen fortan verhindern, dass klagefreundliche Kollegen erst nach 2,5 Jahren gegen ihre Beurteilung vorgehen, weil sie vorher gar nicht gemerkt haben, dass die nicht so prall ausgefallen ist. Und wir wollen fortan pro Beurteilungszeitraum auch nur noch einen Rechtsstreit zulassen. Das machen wir aber nicht dem Dienstherrn zuliebe und auch nicht nur aus fiskalischen Gründen, sondern allem voran zum Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen, die zurecht eine gute Beurteilung haben und die zurecht auch auf der Liste einer Beförderung stehen. Rechtsstreite sind uns wichtig und wir brauchen auch Urteile, die unseren Dienstherrn mit seinen viel zu oft verschrobene Ansichten zu anderen Wegen zwingen, aber wir unterstützen fortan nicht mehr die wenigen Kollegen, die aus grundsätzli-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Gespräch GdP – DGB-Bildungswerk

chen Erwägungen heraus und zum Teil mit hoffnungslosesten Erfolgsaussichten immer und immer wieder Klagen und damit die Beförderungen der anderen rücksichtslos verhindern.

Von den Highlights des Delegiertentages berichten wir aber verständlicherweise erst in der Folgeausgabe, weil der Redaktionsschluss für die April-Ausgabe noch vor dem Landesdelegiertentag lag. Im letzten Monatskommentar versuchte ich gute Worte gegen falsch verstandene Informationswege zu geben. Wie unbeherrschbar die aber sind, zeigte aktuell der Flugblattentwurf „Krieg der Sterne“, der offiziell gar nicht herausgegeben, sondern nur an die zwei engsten Mitarbeiter des Innenministers versandt wurde. Die Einflussnahme auf gerüchteweise bekannte Personalveränderungen oder ein Gespräch dazu war das im Anschreiben formulierte Ziel. Zwischenzeitlich hängt dieser Entwurf aber ohne offizielle Veröffentlichung in fast jeder Amtsstube des Innenministeriums und bei vielen Amtsträgern im Lande und erfährt dort seinen Applaus. Wir waren das nicht, Herr Minister! **Marko Grosa**

In der Ausgabe 1/2014 berichtete die Zeitschrift der GdP über das Seminar „BürgerInnen beobachten die Polizei“ und die Kritik des GdP-Vorsitzenden Marko Grosa. In der Ausgabe 3/2014 war das Antwortschreiben des DGB-Bezirksvorsitzenden Stefan Körzell abgedruckt. In dieser Ausgabe soll die Debatte noch einmal aufgegriffen werden: Vertreter/-innen der GdP, des DGB-Bildungswerks Thüringen und des DGB Hessen-Thüringen trafen sich dazu. In der knapp eineinhalbstündigen Debatte ging es um die unterschiedlichen Sichtweisen auf das Seminar „BürgerInnen beobachten die Polizei“ und um die Frage, in welcher Form künftig Kritik aneinander geäußert werden sollte.

Zu Beginn verdeutlichte Marko Grosa die Kritik der GdP am Seminar. Grundsätzlich hat die GdP den Eindruck, dass ein großes Misstrauen von Versammlungsteilnehmer/-innen gegen die Arbeit der Polizei besteht und das genannte Seminar genau dieses Misstrauen unterstützt und ausbaut. Es bestand die Sorge, dass im Seminar u. a. vermittelt würde, wie man sich polizeilichen Maßnahmen bei Versammlungen entzieht. Auch habe der Ton der Seminarausschreibung zu Irritationen über die Ausrichtung des Seminars bei GdP-Kollegen/-innen geführt. Darüber hinaus erläuterte die GdP die schwierige Situation von Polizeibeamten bei Demonstrationen und die besondere angespannte Stimmung bei angemeldeten Versammlungen von Rechts und entsprechenden Gegendemonstrationen. Gerade in solchen Momenten empfinde man die Beobachtung der eigenen Arbeit als unangenehm, betonte Marko Grosa.

Die Vertreter/-innen des DGB-Bildungswerks Thüringen e.V. stellten demgegenüber dar, dass es sich bei dem Konzept „BürgerInnen beobachten die Polizei“ in keinerlei Form um eine Schulung zur Gewalt an Polizisten/-innen oder zur Störung von Versammlungen handelt. Vielmehr gehe es darum, eine Beobachtungsinstanz zu schaffen, die die Arbeit der

Polizei zunächst nur beobachtet und im Anschluss kommentiert. Grundsätzlich ist die Polizei natürlich für die Verfolgung von rechtswidrigem Verhalten auf Versammlungen zuständig. Für die Einschätzung des Verhaltens eigener Kollegen/-innen und einer möglichen Ahndung von Fehlverhalten liegen die Hürden aber durch die kollegiale Verbindung ungleich höher. Deshalb sei eine Beobachtung von außen aus der Sicht einer Zivilgesellschaft sinnvoll, ähnlich wie bei Prozessbeobachtungen üblich oder auch bei der Kontrolle anderer staatlicher Institutionen. Gleichzeitig sollen diese Beobachter/-innen aber auch geschult sein, um diese verantwortungsvolle Aufgabe mit rechtlichen

Kenntnissen und einer Reflexion der eigenen Position (als Zuschauer/-in und nicht Versammlungsteilnehmer/-in) wahrnehmen zu können.

Nicht einig waren sich die Gesprächsteilnehmer/-innen in der Frage möglichen Ausmaßes von Straftaten und Fehlverhalten bei Demonstrationen. Die GdP wies wiederholt auf unkontrollierbare und zum Teil gewaltbereite Versammlungsteilnehmer/-innen hin. Die Vertreter/-innen des DGB-Bildungswerks stellten fest, dass es aus ihrer Sicht auch in Thüringen Beispiele von Fehlverhalten seitens der Polizei gegenüber Demonstrationen gibt, die eine Institution wie „Bürger/-innen beobachten die Polizei“ notwendig mache.

Bei allen unterschiedlichen Sichtweisen konnten doch auch Absprachen getroffen werden. Angedacht ist eine Vorstellung des Seminars und seiner Zielsetzung auf der nächsten Landesvorstandssitzung der GdP. Als Mitglied im DGB-Bildungswerk Thüringen wird die GdP Fragen zu Veranstaltungen und Kritik an Seminaren direkt im Bildungswerk ansprechen. Es soll weitere Gespräche darüber geben, wo man im Bildungsbereich miteinander kooperieren kann.

**GdP Thüringen,
DGB-Bildungswerk Thüringen e. V.**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Telefon: (0361) 598950
Telefax: (0361) 5989511

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
LPI Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



Beförderungen im Fokus der Gerichte

Die Landesregierung hatte zum 1. 10. 2013 und zum 1. 4. 2014 Beförderungen für jeweils zehn Prozent der Bediensteten der Thüringer Polizisten versprochen. Damit sollten jeweils rund 600 Polizeibeamtinnen und -beamte befördert werden. Diese wird von der GdP als positives Signal der Landesregierung gesehen, da in den Beförderungen die Würdigung der Leistungen der Thüringer Polizisten zum Ausdruck kommt.

Der April 2014 ist noch gar nicht erreicht und schon gibt es die ersten Mitteilungen seitens der Gerichte zu vernehmen, die Auswirkungen auf die Beförderungen haben werden. Danach sollen sich in Thüringen zunehmend Beamte bei der Beförderung übergangen fühlen. Dieses belegt die Zahl der Konkurrentenstreitigkeiten vor dem Oberverwaltungsgericht. Die Zahl der Verfahren schnellte im Jahr 2013 auf einen Höchststand. Nach Auskunft einer Gerichtssprecherin gegenüber den Medien sind derzeit 45 Konkurrentenklagen anhängig. Im Vergleich zu 2012 habe sich die Zahl fast vervierfacht. Aktuell sind in Thüringen noch 43 Entscheidungen aus 2013 anhängig. Die meisten Verfahren betreffen Posten im Polizeidienst. Zudem gin-

gen bei den Verwaltungsgerichten als erster Instanz im vergangenen Jahr 66 neue Klagen gegen Konkurrenten ein. Hier verringerte sich die Anzahl von 79 Klagen aus dem Jahr 2012 geringfügig.

Für die Polizei war der spektakulärste Fall die abgeschlossene Konkurrentenklage gegen die Besetzung des Präsidenten der Landespolizeidirektion, welcher relativ schnell entschieden wurde. Die Masse der Klagen die 2013 die zweite Instanz erreichten richtet sich mit 35 Verfahren gegen die Landespolizeidirektion.

Verschärfend wirkt dabei, dass nicht so viele Beförderungsstellen von der Politik zur Verfügung gestellt werden, wie Beamte laut Dienstposten und Beförderungsfähigkeit infrage kommen. Das Konkurrieren um die Beförderungen endet oft in Klagen vor dem Verwaltungsgericht.

Wichtig für den April 2014 wird nun vor allem sein, ob die Verwaltung ihre Hausaufgaben erledigt hat. So sollten u. a. Widersprüche abgearbeitet und zudem die aktuellen Gerichtsentscheidungen in die Entscheidungen der Behörden eingeflossen sein. Man darf gespannt sein, inwieweit die Polizeiführung im Sinne aller Bediensteten gehandelt hat.

Über Gründe von den Klagen lässt sich zum Teil nur spekulieren, was aber feststeht ist, dass es um die Auf-

stiegschancen für die Beamten im Bereich des Thüringer Polizeidienstes geht. Die GdP erinnert an die kleine Anfrage des Innenpolitischen Sprechers der CDU, Wolfgang Fiedler, vom Anfang 2013, wo die Beförderungschancen nachgefragt wurden. Aus der Antwort geht hervor, dass in den letzten 15 Jahren im mittleren Polizeivollzugsdienst 388 Beamte und zudem in den letzten zehn Jahren weitere 384 Beamte die Beförderungserlaubnis erlangt haben, aber nicht befördert werden konnten. Im gehobenen Dienst müssen 76 Beamte länger als 15 Jahre und weitere 175 Beamte länger als zehn Jahre auf eine Beförderung warten.

Wenn man die Zahlen für den mittleren Verwaltungsdienst im Bereich des Thüringer Innenministeriums betrachtet, sind es 18 Beamte, die seit über 15 Jahren und weitere 62 Beamte die seit zehn Jahren vergeblich auf eine Beförderung warten. Im gehobenen Verwaltungsdienst ist es noch schlechter. Hier warteten 61 Beamte seit 15 Jahren und nochmal 94 Beamte seit mehr als zehn Jahren darauf, dass nächst höhere Amt verliehen zu bekommen. Die GdP wird darum kämpfen, dass die Beförderungsmöglichkeiten im Bereich des Thüringer Innenministeriums weiter ein hohes Niveau behalten, damit Thüringen bald die rote Laterne bei den Aufstiegschancen abgeben kann.



Beförderungen am 1. Oktober 2013

Foto: LPD

Personalrätekonferenz durchgeführt

Am 6. März 2014 fand in Neudietendorf die erste Personalrätekonferenz des Bezirkspersonalrates der Thüringer Polizei mit den Vorständen der örtlichen Personalräte der Polizeidienststellen statt. Eingeladen waren Innenminister Jörg Geibert, Polizeipräsident Winfried Bischler und die Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Thüringer Polizei, der örtlichen Personalräte des Landeskriminalamtes und der beiden Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei.

Eine Personalrätekonferenz ist erst durch die letzte Änderung des Personalvertretungsgesetzes zum 1. Juli 2012 möglich geworden. Der neu eingefügte Paragraf 56 a ThürPersVG gibt den Stufenvertretungen die Möglichkeit, einmal im Jahr die Vorstände der Personalräte der nachgeordneten Dienststellen zu einer solchen Konferenz einzuladen. Der Bezirkspersonalrat hat nun erstmalig von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Bezirkspersonalratsvorsitzender Lutz Bernsdorf nannte bei der Eröffnung die Diskussion mit dem Innenminister und dem Polizeipräsidenten und die Absprachen zur Organisation der Zusammenarbeit zwischen Bezirkspersonalrat und Hauptpersonalrat einerseits und zwischen Bezirkspersonalrat und örtlichen Personalräten andererseits als wichtigste Ziele der Veranstaltung. Besonders die Zusammenarbeit der Personalräte muss reibungslos klappen, denn die Stufenvertretungen sind die Entscheidungsgremien, die örtlichen Personalräte aber die betroffenen Gremien.

Polizeipräsident Winfried Bischler eröffnete den Reigen der Gäste und informierte als erstes über den Stand der Umsetzung der Polizeistruktureform (PSR). Vieles sei da bereits realisiert, vieles müsse aber auch noch organisiert und umgesetzt werden. Die Besetzung der Dienstposten der Landespolizeidirektion sei noch nicht abgeschlossen. Gründe dafür seien fehlende geeignete Bewerber einerseits und Konkurrentenstreitverfahren andererseits. Wie schnell sich dazu Lö-

sungen umsetzen ließen, dazu wollte Bischler keine Prognose wagen.

Auf einem guten Wege sei die Landeseinsatzzentrale, eines der Herzstücke der Reform. Zum Zeitpunkt der Konferenz waren zwei Landespolizeiinspektionen bereits auf die LEZ aufgeschaltet. Bei Erscheinen dieser Ausgabe sollen drei weitere LPI-Bereiche aufgeschaltet sein. Es gebe zwar technische Schwierigkeiten, diese seien aber beherrschbar und würden gemeinsam mit den Lieferfirmen Stück für Stück bewältigt. Die Mitarbeiter der LEZ fänden sich ebenfalls immer besser in ihre Aufgaben hinein.

Der Präsident informierte die Personalräte auch über den Stand der Vorbereitung der Beförderungen zum 1. April 2014. Die LPD habe ein bestimmtes Verfahren bei Verteilung der Beförderungsmöglichkeiten angewandt.

dass dieses Verfahren in den Dienststellen zu wenig bekannt sei und es nicht die Aufgabe der Personalräte sein könne, die Entscheidungen des Dienstherrn den Beschäftigten zu erläutern. Sie regten einen Mitarbeiterbrief des Präsidenten zu diesem Thema an.

Innenminister Jörg Geibert zeigte sich mit dem Stand der Umsetzung von PSR ebenfalls zufrieden. Wichtig sei für ihn, dass die Strukturänderungen für die Bürger fast unmerklich verliefen. Zudem habe die Thüringer Polizei auch im Jahr 2013 wieder sehr erfolgreich gearbeitet, wofür allen Beschäftigten großer Dank gebühre. In Kürze wolle er die Ergebnisse der Kriminal- und der Verkehrsunfallstatistik veröffentlichen und diese dürften erneut belegen, dass die Thüringer Polizei mit ihren Ergebnissen bundesweit einen Spitzenplatz belegt.



Lutz Bernsdorf, Winfried Bischler, Jörg Geibert, Edgar Große (v. r. n. l.)

Foto: Gäbler

Mit diesem Verfahren sei garantiert, dass innerhalb eines Beförderungskreises alle Beamten mit der gleichen oder einer besseren Note befördert würden. Man müsse dadurch nicht innerhalb einer Beurteilungsnote schneiden und nach anderen Auswahlkriterien suchen, die auch wieder Beförderungsrissen in sich bergen könnten. Das hätte aber auch den Nachteil, dass nicht in allen Beförderungskreisen auch Beförderungen in jeder Besoldungsgruppe vorgenommen werden könnten. Dies solle aber bei zukünftigen Beförderungen ausgeglichen werden. Die Personalräte bemängelten,

Durch PSR verfügten die Inspektionsdienste der Landespolizeidirektionen und die Polizeiinspektionen über rund 300 Polizeibeamte mehr als vor Umsetzung von PSR. In einzelnen Dienststellen habe der Aufwuchs bis zu 30 Beamte betragen. Der Ausstattungsgrad der Polizeiinspektionen sei von 89% vor PSR auf rund 91% zum gegenwärtigen Zeitpunkt gestiegen. Massive Probleme gebe es im höheren Dienst, wo knapp ein Drittel der Stellen nicht besetzt seien. Hier gelte es in den nächsten Jahren zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen. In der Diskussion mit dem Minister for-



PERSONALVERTRETUNG

derten die Personalräte vor allem stärkere Anstrengungen der Landesregierung zur Verbesserung des Personalhaushaltes. Das Jahresscheibenprogramm, mit dem die Anteile der einzelnen Laufbahnen zugunsten des gehobenen und höheren Dienstes verbessert werden sollen, sei wieder aufzunehmen. Innerhalb der Laufbahnen müssten vor allem zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im Haushalt eingestellt werden, was nach den landesrechtlichen Regelungen auch möglich sei. Andernfalls würden auch künftig immer wieder Situationen entstehen, wie sie derzeit bei den Beförderungen von A 8 nach A 9 zu verzeichnen seien, nämlich, dass für mehr als 1000 beförderungsfähige Be-

amte nur 66 Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung stünden und in diesem Bereich 10% der Polizeibeamten objektiv gar nicht befördert werden könnten. Diese Situation werde sich mit der geplanten Reduzierung der Stellenobergrenzen im mittleren Dienst noch verschärfen. Dadurch werde der letzte Platz Thüringens im Vergleich zu den Aufstiegsmöglichkeiten in anderen Bundesländern geradezu zementiert.

Lutz Bernsdorf schätzte am Schluss der Veranstaltung ein, dass der Dialog mit dem Minister und dem Polizeipräsidenten wichtig und nützlich gewesen sei. Für die Organisation der Zusammenarbeit habe man weitere Absprachen getroffen. Auch wenn es

vereinzelt noch Kommunikationsprobleme gebe und manchmal auch die Zeit zur Abstimmung zwischen den Personalräten sehr knapp sei, könne man insgesamt davon ausgehen, dass die Zusammenarbeit sehr gut funktioniere und es keine Lücken in der Vertretung der Rechte und Interessen der Beschäftigten gebe. Reserven sieht Bernsdorf noch in der Kontrolle der Beschlüsse gegenüber dem Dienstherrn. Der Bezirkspersonalrat erfahre häufig erst von den örtlichen Personalräten, ob und wie die Maßnahmen umgesetzt würden. Er kündigte an, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auch künftig von den Personalrätekonferenzen Gebrauch machen zu wollen.

PARTEIEN

Polizei bei SPD kaum ein Thema

Erfurt (wg). Am 31. 1. 2014 lud die SPD zum außerordentlichen Landesparteitag in die Messehalle ein. Auf dem Programm stand vor allem die Nominierung der Ministerpräsidentenkandidatin für die Landtagswahl 2014.

Als Redner traten der SPD-Landesvorsitzende Christoph Matschie, Bundesfamilienministerin und SPD-Vorstandsmitglied Manuela Schwesig und natürlich die designierte Ministerpräsidentenkandidatin Heike Taubert auf. Sie wurde im Anschluss von den Delegierten mit 98 Prozent der Stimmen zur Herausforderin von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) gewählt.

Auf einen Polizeibezug wartete man als aufmerksamer Zuhörer bei Manuela Schwesig und Christof Matschie vergebens. SPD-Spitzenkandidatin Heike Taubert brachte dagegen einen kleinen Bezug zur Polizei. Sie philosophierte über ihre Vorstellung zur ausreichenden Bezahlung für Lehrer und Polizisten. Dieses begründete sie mit der Aussage, gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Zudem nahm sie Bezug zum Verfassungsschutz. Hierbei äußerte sie, es dürfe keine allgemeinen Verdächtigungen geben. Weiterhin stellte sie klar, dass die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung, wie sie bspw. die CDU plant, von ihr sehr kritisch gesehen

wird und keine Zustimmung erhält! Natürlich bekam Frau Taubert einige Geschenke, darunter auch einen Leuchter. Dieser sollte das politische Labyrinth symbolisieren, in welchem man öfter im Dunkeln tappt. An den Schluss ihrer Rede stellte Heike Taubert ein Sprichwort von August Augustinus: „Nur wenn das Feuer in Dir brennt, dann kannst du das Feuer in anderen entbrennen“.

Ob dieses Feuer zu den Landtagswahlen auf die Polizisten und Gewerkschafter überspringt bleibt abzuwarten. Was aber vor allem zu brennen scheint ist der Wahrheitsgehalt ihrer Aussage, der infrage steht.

War es nicht die SPD, die an ihrem Landesparteitag in Arnstadt am 16. 3. 2013 sogar einstimmig die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Besoldung vom Tarif- auf den Beamtenbereich beschloss und was ist davon übrig geblieben? Bekanntlich das Gegenteil, denn in der namentlichen Abstimmung im Landtag stimmt Heike Taubert wie die komplette SPD gegen ihren eigenen Beschluss. Was bleibt ist die Frage, wie viel Wahrheit und Vertrauen in Ihren Worten stecken kann? Vor allem das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit muss Heike Taubert sich wohl erst erarbeiten und den Thüringern nahebringen.



Heike Taubert während ihrer Rede

Foto: Gäbler



Am Stammtisch belauscht – Postdrohnen

Willi: Hallo Klaus, über was grübelst Du denn nach?

Klaus: Ich mach mir Gedanken über unsere Zukunft.

W.: Und wie soll die aussehen?

K.: Das kann ich mir eben nicht richtig vorstellen.

W.: Na nun lass mal raus was Dich so bewegt.

K.: Du kennst den Paul aus meiner Nachbarschaft. Der arbeitet doch bei der Post als Paketzusteller.

W.: Ja, der bringt auch bei uns die Pakete.

K.: Er brachte heute ein Paket für meine Frau aus den Versandhaus.

Dabei sagte er, dass er wohl bald keine Pakete mehr bringen würde.

W.: Der ist doch noch lange kein Rentner.

K.: So ist es. Als ich ihn fragte wieso, sagte er, das werden wohl bald Postdrohnen besorgen.

W.: Was für Dinger, Postdrohnen?

K.: Du hast richtig gehört. Ich gab zur Antwort, die gibt es doch nur bei

den Armeen als unbemannte Flugkörper.

W.: Der Meinung war ich bisher auch immer.



Postbeförderung der Zukunft?

parat kann ja nicht durch ein Treppenhaus fliegen. Soweit gehen meine Vorstellungen nun wirklich nicht.

K.: Du musst Dein Paket vor der Haustüre in Empfang nehmen.

W.: Und woher weiß die Drohne, dass ich der Richtige bin?

K.: Die Post fordert dafür von jedem Erwachsenen die Fingerabdrücke ein und speichert sie.

W.: Und wo bleibt dabei der Datenschutz?

K.: Das Wort Datenschutz wird aus dem Wörterbuch gestrichen, den gibt es doch schon heute kaum noch.

Foto: Große

K.: Er klärte mich auf. Mit eben solchen Drohnen in Kleinausführung sollen die Pakete in Zukunft zugestellt werden.

W.: Wie soll das denn funktionieren?

K.: Diese Flugkörper sind mit einem GPS-System ausgestattet und finden so jede Adresse.

W.: Nun gut, das kann ich mir ja zur Not sogar vorstellen. Aber so ein Ap-

den ganzen Tag vor der Haustüre sitzen, wenn ich ein Paket erwarte.

K.: Du bekommst eine Nachricht, mit der Dir Tag und Uhrzeit auf die Minute genau bekannt gegeben wird.

W.: Da wollen wir nur hoffen, dass das Zukunftsmusik bleibt und wir unseren netten Paketzusteller behalten.

Prost auf den Paketzusteller!

Neuer Vorstand und Landeseinsatzzentrale

Am 25. 2. 2014 hatte der Vorstand der Seniorengruppe Jena die Mitglieder zur Neuwahl des Vorstandes und zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Zu Beginn informierte Jürgen Fuhrmann über die Arbeit in den letzten beiden Jahren und über die Pläne für die Seniorenarbeit in diesem Jahr.

In der Diskussion wurde nochmal an die Höhepunkte der Seniorenarbeit der letzten beiden Jahre erinnert. Dabei standen Besuche in Sehenswürdigkeiten in der Region neben einem Besuch im Deutschen Bundestag und Busreisen im Mittelpunkt. Die Senioren waren sich einig, dass die Veranstaltungen gut ausgewählt und

vorbereitet waren und deshalb bei den Teilnehmern viel Anklang fanden.

Für 2014 gibt es ebenfalls wieder ein Programm, in dem mit Ausnahme der Ferienmonate immer eine Veranstaltung angeboten wird. Enthalten sind z. B. Besuche der Firma Griesson – de Beukelaer in Kahla oder des Senfmuseums, Busfahrten nach Sachsen und nach Südtirol oder gesellige Runden. Durch die Senioren gab es auch schon Vorschläge für Veranstaltungen im nächsten Jahr.

Bei der Neuwahl des Seniorenvorstandes wurde die Arbeit wieder auf breite Schultern verteilt. Jürgen Fuhrmann wurde als Vertrauensmann wiedergewählt. Ihm zur Seite stehen Bernd Eichhorn und Ullrich Otto als

Stellvertreter. Uschi Lämmerzahl führt Protokoll und Siegfried Jantschek und Heinz Volkmann arbeiten als Beisitzer.

Im Anschluss stellte Edgar Große den Senioren die neue Landeseinsatzzentrale vor. Illustriert wurden die Informationen mit einer Bildschirmpräsentation. Die ehemaligen Polizisten interessierten sich sehr für das zukünftige Notruf- und Einsatzmanagement und stellten auch viele Detailfragen. Mit wenigen Ausnahmen konnten auch alle Fragen beantwortet werden. Es gibt großes Interesse, nach Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit der Landeseinsatzzentrale, dieser einen Besuch abzustatten und sich vor Ort ein Bild über diese neue Einrichtung zu machen. Dies



SENIORENJOURNAL

gilt umso mehr, als der neue Leiter der LEZ Polizeioberrat Rene Treunert ist, unter dem viele der Senioren selbst gearbeitet haben.

In der Folge informierte Edgar Große die Senioren über eine Entscheidung des sächsischen Oberverwaltungsgerichtes zu Pensionsansprüchen ehemaliger sächsischer Polizisten. Durch eine Besonderheit in der sächsischen Gesetzgebung ist dieses Urteil jedoch nicht auf Thüringen übertragbar, sodass Thüringer Pensionäre von diesem Urteil leider nicht profitieren. Wie immer gab es noch viele individuelle Fragen zu klären, die sich meist im direkten Gespräch besser klären lassen als am Telefon.

Der neu gewählte Vertrauensmann der Senioren konnte eine positive Bilanz der Veranstaltung ziehen. Er wünschte sich gemeinsam mit seinem

Vorstand, dass die Senioren die Veranstaltungen 2014 gemeinsam mit ihren Ehepartnern zahlreich in An-

spruch nehmen und sich auch in den kommenden Jahren in das Verbandsleben aktiv einbringen.



Der neue Seniorenvorstand

Foto: Große

In Kunstmalers Fußstapfen

Saalfeld (SW). Am 12. 3. 2014 trafen sich die Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe mit ihren Partnern zu einer Vernissage im Schloss Saalfeld, in dem auch das Landratsamt untergebracht ist. Der ehemalige Polizist Hans-Peter Marschewski zeigt hier eine Auswahl seiner Bilder.

Er empfing uns persönlich und gab uns einen Einblick in sein langjähriges künstlerisches Schaffen, von seinen Anfängen, die in einer Arbeitsgemeinschaft in der Schule begann, bis in die heutige Zeit. Er führte uns durch seine Ausstellung, gab Auskünfte über die verschiedenen Maltechniken der Ölmalerei und der Vielseitigkeit der Gestaltung sowie die Historie der Entstehung einzelner Gemälde. Es war ein ergreifendes Erlebnis, den ehemaligen Mitkämpfer und Künstler auf diese Art und Weise kennenzulernen.

Im Anschluss an die Führung hatten wir die Möglichkeit, die 400-jährige Kapelle des Schlosses zu besichtigen und eine Einführung in deren Geschichte der Kapelle durch Rolf Weggässer vom Kulturreferat des Landratsamtes zu hören. Dabei erfuhren wir auch, dass die britische Königin Wurzeln in der Saalfelder Geschichte hat und dass das Schloss

bereits über Jahrhunderte als Verwaltungsmittelpunkt genutzt wird, u. a. war es auch der Sitz des Rates des Kreises Saalfeld in der DDR.

Dann hatten wir die Möglichkeit den Schlossturm zu besteigen und einen einzigartigen Weitblick in die Umgebung Saalfelds zu genießen.

Nach dem ereignisreichen und informativen Nachmittag führte uns der Weg in das Café Schlutius. Auch hier

konnten wir noch einmal Bilder des Malers und Künstlers besichtigen und einen weiteren Blick über Saalfeld aus einer anderen Perspektive genießen. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei Hans-Peter Marschewski, bei Rolf Weggässer, bei Martin Modes, der uns die Turmbesteigung ermöglichte, und bei den Organisatoren des Nachmittags, Ursula Bork und Erich Hüttenrauch.



Besuch Ausstellung und Kapelle im Landratsamt Saalfeld am 12.02.2014

Foto: Bhanft





Mobbing- und Konfliktmanagement in ...

... Sachsen

Zur Vorbeugung, Feststellung und Lösung von schwerwiegenden Konflikten am Arbeitsplatz und bei sexueller Belästigung wurde eine Dienstvereinbarung zwischen dem Sächsischen Staatsministerium des Innern, Abteilung 3 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Landespolizeipräsidentium – und dem Polizeihauptpersonalrat abgeschlossen. Was ist Mobbing? „Unter Mobbing wird eine konfliktbelastete Kommunikation am Arbeitsplatz unter Kollegen oder zwischen Vorgesetzten und Untergebenen verstanden, bei der die angegriffene Person unterlegen ist und von einer oder einigen Personen systematisch, oft und während längerer Zeit mit dem Ziel und/oder dem Effekt des Ausstoßes aus dem Arbeitsverhältnis direkt oder indirekt angegriffen wird und dies als Diskriminierung empfindet.“ (Heinz Leymann 1995).

Mobbinghandlungen sind vielfältig und können sich sowohl auf die Arbeits- als auch auf die soziale Ebene beziehen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass sich bei näherer Betrachtung oftmals herausstellt, dass es zwar einen Konflikt gibt, aber kein Mobbing vorliegt. Die Ausbildung der für die einzelnen Dienststellen festgelegten Konflikt- und Mobbingberater erfolgt in einem Lehrgang, der aus fünf Modulen besteht und an der Akademie für öffentliche Verwaltung in Meißen stattfindet.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Gesprächsführung und Konfliktanalyse. Die dort Ausgebildeten verfügen über ein Netzwerk, in dem Erfahrungen ausgetauscht werden. Zudem erfolgt eine ständige Weiterbildung. Jede Kollegin/jeder Kollege, der sich gemobbt fühlt, kann sich an diese Kollegen wenden.

Zum Schluss ein wichtiger Hinweis: Ein gutes Arbeitsklima lässt Mobbing keine Chance!

Gabriele Einenkel

... Sachsen-Anhalt

Mobbing, sexuelle Belästigung und Konflikte prägen mittlerweile das Arbeitsleben und der Polizeibereich bleibt davon nicht verschont. Bereits 2004 haben wir seitens des Polizeihauptpersonalrates (PHPR) darauf hingewirkt, Seminare mit diesen Themen anzubieten. Im Jahre 2008 wurde zwischen dem PHPR und dem Innenminister eine „Dienstvereinbarung über partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ abgeschlossen.

Für Beschwerden wurde eine Konfliktkommission eingerichtet, der PHPR hat dort ein ständiges Mitglied. Aufgaben der Kommission sind Beratung, das Anbieten von Lösungsvorschlägen, Vermittlung und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir beobachten aber im Arbeitsalltag, dass von einem partnerschaftlichen Umgang wohl nicht die Rede sein kann. Ein Zeichen hierfür sind sicher auch die steigenden Fallzahlen bei psychischen Erkrankungen.

Die Folgeerscheinungen von sozialem Fehlverhalten, fehlender Achtung, ungelösten Konflikten und Mobbing sind hinlänglich bekannt und machen einfach nur krank.

Durch das Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes (AFI) wie auch durch die Fachhochschule der Polizei werden entsprechende Seminare angeboten. Eine Auslastung durch Polizeibesetzte kann nicht nachvollzogen werden. Eine Konzeption bzw. ein Personalentwicklungskonzept, das die Teilnahme an Seminaren vorschreibt, gibt es nicht.

Durch die GdP werden ebenfalls Seminare zu diesen Themen angeboten. Leider wird die Teilnahme daran durch das Ministerium für die Beamtinnen und Beamten durch die Gewährung von Freistellung für Fortbildung nicht unterstützt.

Die Teilnehmer nehmen dafür Urlaub oder Mehrdienst. Das ist zum einen ein Zeichen, dass das Konzept des Seminars stimmt und zum anderen, das Mobbing und vor allem Konflikte ein großes Thema im Polizeibereich sind.

V.R.

... Thüringen

Am 23. November 2004 wurde zwischen dem Innenminister und dem Hauptpersonalrat der Thüringer Polizei eine Dienstvereinbarung über den Umgang mit Mobbing, sexueller Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz geschlossen. Sie bildet die Grundlage für Vorbeugung und Bewältigung von sozialen Fehlverhalten, ungelösten Konflikten, fehlender Achtung von Andersdenkenden sowie Angehörigen anderer Nationen oder Glaubensrichtungen. Die Dienstvereinbarung hat sich nach Auffassung des Hauptpersonalrates bewährt.

Von Mobbing, sexueller Gewalt oder Diskriminierung Betroffene werden ausdrücklich ermutigt, ihre Situation nicht hinzunehmen, sondern sich zur Wehr zu setzen und sich mit dem Ziel an Dritte zu wenden, das Fehlverhalten zu beseitigen. Unbeteiligte sind aufgefordert, bei Vorfällen dieser Art nicht wegzuschauen, sondern den Betroffenen mit Zivilcourage und durch solidarisches Handeln Hilfe anzubieten und die Betroffenen bei der Lösung von Problemen zu unterstützen.

Mit der Dienstvereinbarung wurde ein Netzwerk geschaffen, welches ein Betroffener nutzen kann. Neben seinem Vorgesetzten sind die Personalbereiche, soziale Ansprechpartner in allen Dienststellen, Personalvertretungen, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretungen, die Polizeiseelsorger und der betriebsärztliche Dienst Ansprechpartner der Betroffenen.

Für die Vorgesetzten gibt es einen Vier-Schritte-Plan, an dem er sich bei der Bewältigung von Mobbing etc. orientieren kann. In der Dienstvereinbarung wird klar darauf hingewiesen, dass derartige Handlungen eine Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten bzw. ein Dienstvergehen darstellen und entsprechend geahndet werden. Die Fachhochschule und das Bildungszentrum sind verpflichtet, in der Aus- und Fortbildung entsprechende Bildungsangebote zu unterbreiten.

Edgar Große

